

## Anlage B Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen eines Anerkennungsverfahrens (sog. „Datenschutzhinweise“)

Als für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verantwortliche Stelle im Sinne von § 4 Nr. 9 Datenschutzgesetz der Evangelischen Kirche Deutschland (kurz „DSG-EKD“) informieren wir Sie hiermit nach § 17 DSG-EKD über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen Ihres Antrags auf Anerkennungsleistungen und dem sich hieran anschließenden Anerkennungsverfahren.

### 1 Name und Kontaktdaten der verantwortlichen Stelle

Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist die  
Geschäftsstelle der Anerkennungskommission „Verbund West“  
Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen-Lippe e.V.  
Lenaustraße 41  
40470 Düsseldorf

Katharina Degen  
+49 211 6398-661  
K.Degen@diakonie-rwl.de  
Fax: +49 211 6398-322

Sarah Coslar  
+49 211 6398-224  
[S.Coslar@diakonie-rwl.de](mailto:S.Coslar@diakonie-rwl.de)  
Fax: +49 211 6398-322

(im Folgenden „Verantwortliche“ oder „wir“ genannt)

### 2 Kontaktdaten des örtlichen Beauftragten für den Datenschutz

Den zuständigen Beauftragten für den Datenschutz erreichen Sie wie folgt:

Der Beauftragte für den Datenschutz des Diakonischen Werkes Rheinland-Westfalen-Lippe  
Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen-Lippe e.V. – Diakonie RWL  
z.Hd. Datenschutzbeauftragter  
Lenaustraße 41  
40470 Düsseldorf  
[datenschutz@sk-consulting.com](mailto:datenschutz@sk-consulting.com)

### 3 Zwecke für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten (d.h. die Erfassung und Speicherung, das Lesen und das Bearbeiten sowie ggf. die Übermittlung und Weiterleitung an Dritte) erfolgt zu dem Zweck, Ihren Antrag auf Anerkennung auf Grundlage der Richtlinie der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Anerkennung sexualisierter Gewalt und dem Kirchengesetz zum Schutz vor sexualisierter Gewalt der Evangelischen Kirche im Rheinland, der Evangelischen Kirche von Westfalen und der Lippischen Landeskirche zu bearbeiten.

## 4 Rechtsgrundlage

Die Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen der Antragstellung und des Anerkennungsverfahrens bildet § 6 Nr. 1 DSGVO i.V.m. § 9 EKD-Anerkennungsrichtlinie (bzw. der entsprechenden regionalen Umsetzungsnorm). In Bezug auf die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (z.B. Gesundheit, sexuelle Orientierung) bildet die Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung § 13 Abs. 2 Nr. 4 und Nr. 7 DSGVO i.V.m. § 9 EKD-Anerkennungsrichtlinie (bzw. der entsprechenden regionalen Umsetzungsnorm).

## 5 Kategorien und Herkunft der personenbezogenen Daten

Wir verarbeiten die von Ihnen im Rahmen der Antragsstellung nebst ggf. weiterer Anlagen zu dem Antragsformular sowie im Rahmen der Bearbeitung Ihres Antrags und persönlichen Gesprächen mitgeteilten personenbezogenen Daten i.S.d. § 4 Nr. 1 DSGVO und besondere Kategorien personenbezogener Daten i.S.d. § 4 Nr. 2 DSGVO.

Hierzu gehören u.a.:

- Angaben zu Ihrer Person, einer Vertrauensperson, einer bevollmächtigten Person und zu begünstigten Personen im Todesfall nebst den für die Kommunikation erforderlichen Kontaktdaten und Ihrer Kontoverbindung für eine Überweisung von Entschädigungszahlungen im Falle einer Anerkennung
- im Falle der Benennung einer Vertrauensperson oder bevollmächtigte Person bitten wir Sie, diese Personen ebenfalls über die Verarbeitung ihrer Daten im Rahmen des Anerkennungsverfahrens z.B. durch Aushändigung dieser Datenschutzhinweise zu informieren,
- Angaben zur erlittenen sexualisierten Gewalt

Im Rahmen des Anerkennungsverfahrens können auch die Hinzuziehung weiterer Unterlagen/Berichte oder von fachkundigen Personen durch die Anerkennungskommission und die Erhebung weiterer personenbezogener Daten erforderlich werden. Insoweit erfolgt dann eine mittelbare Datenerhebung i.S.d. § 18 DSGVO.

## 6 Empfänger der personenbezogenen Daten

Empfänger Ihrer personenbezogenen Daten ist zunächst die Anerkennungskommission. Ferner kann eine Übermittlung – sofern erforderlich - an folgende Stellen erfolgen:

- die Meldestelle in der zuständigen Landeskirche/dem zuständigen Landesverband,
- Institution, in der die sexualisierte Gewalt stattgefunden hat,
- kirchliche, diakonische und/oder staatliche Stellen, die für dienst-, arbeits- und /oder strafrechtliche Maßnahmen zuständig sind, z.B. Ermittlungsbehörden, Finanzämter
- Fachabteilungen der Landeskirchenämter oder des Landesverbands, wie z.B. Dienst- und Arbeitsrecht, Rechnungswesen
- unter den Voraussetzungen des § 50a DSGVO Stellen, die mit der institutionellen Aufarbeitung sexualisierter Gewalt beauftragt sind

## 7 Automatisierte Einzelfallentscheidungen

Alle wesentlichen Entscheidungen bei der Verarbeitung Ihrer Daten werden von Menschen getroffen. Automatisierte Entscheidungen, die rechtliche Wirkung entfalten oder Sie in ähnlicher Weise beeinträchtigen können, finden nicht statt. Ihre Daten werden auch nicht zur automatisierten Bewertung und Vorhersage von Arbeitsleistung, Gesundheit, Interessen o.ä. verwendet.

## 8 Dauer der Speicherung

Ihre personenbezogenen Daten werden gelöscht, sobald und soweit sie zur Erfüllung unserer Aufgaben bzw. nach Maßgabe der geltenden Vorschriften für die Erforderlichkeit der Aktenführung nicht mehr erforderlich sind. Nach § 9 Abs. 2 der Richtlinie der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Anerkennung sexualisierter Gewalt werden die personenbezogenen Daten zehn Jahre nach Abschluss des Anerkennungsverfahrens gespeichert. Sie können für eine angemessene Frist länger verarbeitet werden, wenn und soweit dies für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist, jedoch nicht länger als dreißig Jahre.

## 9 Betroffenenrechte

Als von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person haben Sie uns gegenüber nachfolgendem Recht:

### Recht auf Auskunft

Sie können Auskunft darüber verlangen, ob wir personenbezogene Daten von Ihnen verarbeiten. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf Auskunft und Kopie über diese personenbezogenen Daten sowie auf weitere mit der Verarbeitung zusammenhängende Informationen (§ 19 DSGVO-EKD). Bitte beachten Sie, dass dieses Auskunftsrecht in bestimmten Fällen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein kann (§ 19 Abs. 3, 7 DSGVO-EKD).

### Recht auf Berichtigung

Für den Fall, dass personenbezogene Daten über Sie nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sind, können Sie eine Berichtigung und gegebenenfalls Vervollständigung dieser Daten erlangen (§ 20 DSGVO-EKD).

### Recht auf Löschung, Datenübertragbarkeit und Widerspruch

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen und vom Recht auf Datenübertragbarkeit Gebrauch machen.

Bitte setzen Sie sich mit uns in Verbindung, wenn Sie ein Betroffenenrecht geltend machen möchten.

## 10 Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde für den Datenschutz

Sofern Sie der Ansicht sind, dass wir Ihre Rechte bei der Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung Ihrer personenbezogenen Daten verletzt haben, können Sie sich mit Ihrer Beschwerde gem. § 46 Abs. 1 DSGVO-EKD an die für uns zuständige Aufsichtsbehörde für den Datenschutz wenden:

Der Beauftragte für den Datenschutz des Diakonischen Werkes Rheinland-Westfalen-Lippe  
Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen-Lippe e.V. – Diakonie RWL  
z.Hd. Datenschutzbeauftragter  
Lenaustraße 41  
40470 Düsseldorf  
[datenschutz@sk-consulting.com](mailto:datenschutz@sk-consulting.com)

Der Beauftragte für den Datenschutz der EKD (BfD EKD)  
Lange Laube 20  
30159 Hannover  
Telefon: + 49 (0)511 768128-0  
Telefax: + 49 (0)511 768128-20  
E-Mail: [info@datenschutz.ekd.de](mailto:info@datenschutz.ekd.de)

## 11 Erforderlichkeit der Bereitstellung und Folgen der Nichtbereitstellung der Daten

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist im Rahmen der Antragsbearbeitung nötig. Ohne die Verarbeitung ist keine Bearbeitung Ihres Antrags einschließlich einer Kommissionsentscheidung und Umsetzung dieser möglich.

## 12 Änderungen oder Ergänzungen der Informationen zur Datenverarbeitung

Wir behalten uns vor, diese Informationen zur Datenverarbeitung unter Beachtung der rechtlichen Vorgaben zu ändern bzw. zu ergänzen. Dies kann z. B. zur Einhaltung neuer Gesetzesbestimmungen der Fall sein. In diesem Fall werden wir Sie selbstverständlich über die Änderungen oder Ergänzungen informieren.